

Nr. 14/2007 • 16.11.2007

* Koalition mit Licht und Schatten

Gute Ergebnisse haben wir im Koalitionsausschuss für viele ältere Arbeitslose und für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erzielt. Geblockt hat die Union beim Mindestlohn für Briefdienstleister und bei der Frage der 'Zwangsverrentung' von älteren Langzeitarbeitslosen.

Arbeitslosengeld

Durchgesetzt hat sich die SPD mit ihrer Forderung, die Zahldauer des Arbeitslosengeldes I für ältere Arbeitslose zu verlängern. Arbeitslose ab 50 Jahren erhalten eine Zahlung von 15 Monaten (bei 30 Monaten Vorversicherungszeiten innerhalb der letzten 5 Jahre), 18 Monaten ab 55 Jahren (bei 36 Monaten Vorversicherungszeit) und 24 Monaten ab 58 Jahren (bei 48 Monaten Vorversicherungszeit). Unterbrechungen in den letzten fünf Jahren sind für den Anspruch unschädlich. Das kommt vor allem Frauen und Ostdeutschen zu Gute.

Wir konnten verhindern, dass die Generationen gegeneinander ausgespielt werden. Damit ist der Parteitagsbeschluss der CDU, die Verlängerung für Ältere durch Kürzungen bei den Jüngeren zu finanzieren, endgültig vom Tisch.

Arbeitslosenversicherung

Gute Nachricht für alle sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer: Ab 1.1. 2008 wird der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung von derzeit 4,2 auf 3,3 Prozent gesenkt. Bereits Anfang 2007 wurde der Beitrag von 6,5 auf 4,2 Prozent gesenkt. Diese Beitragssenkung kommt gleichermaßen Beschäftigten wie Arbeitgebern zugute.

Mindestlohn

Beim Mindestlohn für die Briefzusteller der Post-Branche hat die Union ihre Zusagen nicht eingehalten. Mit diesem Wortbruch ist die Union dafür verantwortlich, dass weiterhin Dumpinglöhne gezahlt werden können. Über 500.000 Menschen, die Dumpinglöhne erhalten, sind trotz Vollzeitjob auf ergänzende

Hilfen des Staates angewiesen. Die Union hat es zu vertreten, dass alle Steuerzahler für diese ergänzenden Hilfen aufkommen müssen. Damit finanzieren Steuerzahler die Gewinne der Dumpinglöhne zahlenden Unternehmen.

Wir werden beim Mindestlohn nicht locker lassen. Die Union wird ihre Position nicht halten können. Laut dimap sind 86 Prozent der Bundesbürger für die Einführung eines Mindestlohns.

Zwangsverrentung

Die Union will weiterhin ältere Arbeitslose mit Rentenabschlägen in Zwangsrente schicken. Wir nehmen das nicht hin. Wir wollen, dass der Gesetzentwurf von Franz Müntefering, mit dem die Zwangsverrentung vermieden werden kann, beschlossen wird.

Fazit

Gerade im Bereich der Arbeits- und Sozialpolitik tut sich die Union extrem schwer, vernünftigen, sozial gerechten und volks-wirtschaftlich vertretbaren Lösungen zuzu-stimmen. Hier ist sie – wie alle Fraktionen – starken Einflüssen der Wirtschaftslobby ausgesetzt. Das Problem der Union ist, dass sie diesen Interessen nachgibt.

Die Ergebnisse des Koalitionsausschusses zeigen aber auch, dass wir Sozialdemokraten dennoch Fortschritte erzielen konnten. Der Weg ist mühsam, aber er lohnt sich – für das soziale Deutschland.